

II-508 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 306 11

1976 -04- 0 9

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Stix, Dipl. Ing. Hanreich
an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend Einsparungen auf dem Gebiet der Lehraufträge an den
Universitäten

Einer Meldung des ibf vom 18.2.1976 ist zu entnehmen, daß das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung allen Universitäten einen Erlaß zukommen ließ, in dem auf dem Gebiet der Lehraufträge Einsparungen in der Höhe von ca. 20 % angeordnet werden.

Als Begründung wird angeführt, daß die Budgetansätze trotz starker Steigerungen in den letzten Jahren immer wieder wesentlich überzogen wurden. Wachsende Studentenzahlen, das im Verlauf der Studienreform verstärkte Angebot von Wahl- und Freifächern sowie der Übergang von der Großvorlesung zum Seminarbetrieb bewirkten eine "Ausgabenexplosion".

Die Einsparungsmaßnahmen sollen dieser Entwicklung entgegenwirken. Demnach werden in Zukunft Lehraufträge für Freifächer nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen bewilligt, bei Wahllehrveranstaltungen soll auf ein notwendiges Minimum reduziert werden, und selbst Lehraufträge für Pflichtlehrveranstaltungen sollen einer Prüfung auf Notwendigkeit unterzogen werden.

Diese Entwicklung erscheint - bei allem guten Willen zum Sparen - äußerst bedenklich.

Einerseits überprüfen bereits jetzt an verschiedenen Fakultäten besondere Kommissionen alle beantragten Lehraufträge auf ihre Notwendigkeit. In solchen Fällen wird es überaus schwierig sein, Lehraufträge einzusparen. Andererseits scheint es klar, daß die Realisierung der neuen

- 2 -

Studienordnungen eine wesentliche Vermehrung des Lehrangebots mit sich bringen soll, was zweifellos einen zusätzlichen finanziellen Aufwand nötig machen wird. Hier steht eine Einsparung offensichtlich im Widerspruch zu den Reformbestrebungen.

Es ist zu befürchten, daß diese Einsparungsmaßnahmen die Vielfalt der Lehrmeinungen empfindlich begrenzen, zu einer verstärkten Überfüllung der Lehrveranstaltungen führen und die Gefahr einer nur mehr rein berufsbildenden Funktion der Universitäten bringen werden. Eine weitere drohende Verschlechterung der Situation an den Hochschulen darf jedoch keinesfalls zugelassen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung die

A n f r a g e :

Welche konkreten Maßnahmen werden getroffen werden, um den oben aufgezeigten Gefahren, die sich aus den verordneten Einsparungen auf dem Gebiet der Lehraufträge ergeben werden, wirksam zu begegnen ?

Wien, 1976-04-08